

7 Forderungen zur Bundestagswahl



Die industrielle Erzeugung und Verarbeitung von Lebensmitteln sowie daran angepasste Ernährungsgewohnheiten machen den Planeten und uns Menschen krank.

Biodiversitätsverluste schädigen unsere Ökosysteme, zahlreiche Zivilisationskrankheiten belasten das Gesundheitssystem.

Wir brauchen eine umfassende und umgehende Transformation unseres Ernährungssystems. Die Politik muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

Allen Menschen muss der Genuss hochwertiger, umweltschonender und fair erzeugter Lebensmittel möglich sein.

**Slow Food und Slow Food Youth Deutschland appellieren an alle,
die in Deutschland Verantwortung für Ernährung übernehmen:**

1 Schafft eine integrierte Ernährungspolitik!

Vor dem Hintergrund immer komplexerer Herausforderungen wächst die Bedeutung der Ernährungspolitik als ganzheitliche Steuerungsaufgabe. Die Zersplitterung ernährungsrelevanter Politikfelder muss durch einen eigenen, übergeordneten Wirkungsbereich ersetzt werden. Ein neues Politikfeld „Nachhaltige Ernährung“ mit einer angemessenen institutionellen Ausgestaltung soll eine zunehmend ökologische Produktion und faire Ernährungsumgebungen verwirklichen.

Wir fordern

- eine ganzheitliche Ernährungsstrategie, angefangen mit der Schaffung institutioneller Voraussetzungen in Form eines ressortübergeordneten Gremiums oder eines Ernährungsressorts.
- die Gewährleistung sozialer Teilhabe an gesunder, ökologisch und sozial verantwortlicher Ernährung.
- die Förderung von Ernährungsbildung, u.a. durch die Schaffung von Lernorten und nachhaltigen Ernährungsumgebungen.

2 Nehmt eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ein!

Die intensive Landnutzung verursacht weltweit 23 Prozent der klimarelevanten Treibhausgasemissionen und eine zunehmende Degradation der Böden. Eine regenerative Landwirtschaft muss künftig Biodiversität, Klima und Bodenfruchtbarkeit schützen. Um den Herausforderungen heutiger und zukünftiger Generationen zu begegnen, brauchen wir Klimagerechtigkeit.

Wir fordern

- die Erzeugung von Lebensmitteln auf eine regenerative und klimapositive Kreislaufwirtschaft umzustellen und sie verstärkt auf den regionalen Bedarf auszurichten.
- die Land- und Ernährungswirtschaft für klimaschädliche Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette in die Pflicht zu nehmen.
- Klimaschutz ins Zentrum finanzieller Förderung zu stellen, insbesondere für: eine standortangepasste Landwirtschaft, eine pflanzenbasierte Humanernährung, regionale Wertschöpfungsnetzwerke.

3 Sorgt für Gemeinwohlleistungen durch die GAP!

Klima- und Biodiversitätskrise erfordern eine den gesellschaftlichen Risiken gerecht werdende Umstellung der Landwirtschaft. Beim Greening der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wurden die Umwelteffekte im Umsetzungsprozess zunehmend entkräftet. Wir brauchen jetzt eine GAP, die nationale Spielräume zugunsten eines hohen ökologischen und sozialen Standards nutzt.

Wir fordern

- eine biodiversitätsfördernde und regionale Landwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls und für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zum Leitmotiv der GAP-Umsetzung zu machen.
- nationale Regelungen zur Erreichung der Ziele der Farm to Fork- und Biodiversitätsstrategien der EU dynamisch anzupassen.
- verbindliche sozialpolitische Vorgaben zum Schutz der Rechte von Landarbeiter*innen, zur konkreten Unterstützung von Junglandwirt*innen beim Zugang zu Land und Umverteilungsmaßnahmen zugunsten kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe.

4 Schafft und schützt die Vielfalt auf unseren Feldern!

Die Industrialisierung unseres Lebensmittelsystems und die Privatisierung von Saatgut haben dazu geführt, dass es immer weniger samenfestes Saatgut gibt. Um den klimatischen Veränderungen zu begegnen, braucht es vielfältige und widerstandsfähige Sorten. Selbst bei regionaltypischen Kulturpflanzen wie Kartoffeln und Äpfeln beschränken die gegenwärtigen Strukturen das Angebot auf wenige, standardisierte Sorten. Die Marktmacht einiger weniger Akteure des weltweiten Saatguthandels steigt. Welche Pflanzen künftig gezüchtet, angebaut und geerntet werden, muss im Interesse der Gesellschaft und der zukünftigen Generationen entschieden werden.

Wir fordern

- das Verbot der Patentierung von Pflanzenarten.
- den Schutz der Saatgutsouveränität von Bäuer*innen weltweit.
- die Förderung der ökologischen, standortspezifischen Züchtung von Pflanzen und der Saatgutvermehrung, sowie eine strikte Regulierung gentechnischer Verfahren einschließlich sogenannter "new GMOs".

5 Gewährleistet Gesundheit und Wohlergehen von Nutztieren!

Ein System mit Hochleistungszucht, intensiver Haltung und Fütterung sowie exportorientierter Fleisch- und Milcherzeugung nimmt Leid und Krankheit von Tieren in Kauf und treibt die Klimakrise an. Es widerspricht dem rechtlichen und moralischen Gebot der Achtung von Tieren sowie dem Wunsch einer wachsenden Mehrheit der deutschen Verbraucher*innen. Tiergesundheit kann nur mit einer echten Ernährungswende erreicht werden.

Wir fordern

- die Neuausrichtung von Zuchtzielen auf Tiergesundheit, ein Verbot von Qualzüchtungen und die Förderung von Zweinutzungsrassen.
- eine artgerechte, flächengebundene Tierhaltung mit weitest möglicher Weidehaltung im Rahmen einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft für die regionale Erzeugung.
- den Einsatz von EU-Agrarsubventionen für den Umbau der Tierhaltung und damit verbundene Forschung, sowie die Unterstützung des Umbaus durch eine Abgabe auf tierische Produkte und weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums.

6 Verhindert Lebensmittelverluste entlang der gesamten Wertschöpfungskette!

Verluste im gesamten Lebensmittelsystem erhöhen die landwirtschaftliche Produktion, mit unerwünschten Folgen für Biodiversität und Klima. Jährliche 18 Millionen Tonnen Lebensmittelabfälle allein in Deutschland sind der destruktive Niederschlag einer zunehmenden Entfremdung zwischen Menschen und ihrem Essen. Eine rasche Reduzierung der immensen Verluste muss Priorität einer planetengesunden Wirtschafts- und Ernährungsweise werden.

Wir fordern

- die laut Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen geforderte Halbierung der Lebensmittelabfälle bis 2030 für Deutschland als Minimum rechtlich festzuschreiben sowie ihre Verringerung um mindestens 30 Prozent als Zwischenziel bis zum Jahr 2025.
- die Identifizierung und Behebung von Verlustpunkten auch in der Primärproduktion und die Förderung fairer und verantwortungsvoller Wirtschaftsbeziehungen zwischen Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und -handel.
- der enormen Verschwendung in Handel und privaten Haushalten auch mit einem gesetzlichen Verbot von Dumpingpreisen für Lebensmittel sowie entsprechender schädlicher Werbung entgegenzuwirken.

7 Macht das Lebensmittelsystem fairer!

An zahlreichen Punkten behandelt das heutige Lebensmittelsystem diejenigen, die für unser Essen sorgen, ungerecht. Angefangen bei den prekären, (teils ausbeuterischen) Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und in verarbeitenden Großbetrieben über unfaire Handelspraktiken speziell gegenüber Ländern des globalen Südens bis hin zum existenzbedrohenden Preisdiktat für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch große Handelsketten. Die deutsche Ernährungspolitik muss faire Arbeitsbedingungen, faire Lieferketten und faire Preise garantieren.

Wir fordern

- eine zügige Umsetzung, kritische Evaluation und Weiterentwicklung des Lieferkettengesetzes durch die zukünftige Bundesregierung.
- strenge arbeitsrechtliche Vorgaben zur Beendigung des Systems von Werkverträgen und Leiharbeit nicht nur in der Fleischindustrie.
- ein entschiedenes Eintreten für faire und partnerschaftliche Handelsabkommen zwischen der EU und ihren Partnerregionen.